Nr. 280a
XXXI. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
6. Juni 1902

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

82. Sitzung vom 5. Juni, 11 Uhr.
(Fortsetzung aus dem Abendblatt)

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.):

Meine Herren! Ich habe für meine politischen Freunde in der ersten Lesung des Gesetzentwurfes erklärt, daß wir bereit seien, die Vorlage mit dem ganzen Ernst zu prüfen, den diese Sache verdiene, daß wir aber nicht von vornherein mit beiden Füßen in die Bewilligung der 250 Millionen hineinspringen können. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir versucht, in der Kommission über verschiedene Bedenken Beruhigung zu finden, und wir haben ferner versucht, den Kredit, welchen die königliche Staatsregierung durch diese Gesetzesvorlage verlangt, angemessen zu beschränken. Ich will von vornherein bemerken, daß der letzte Versuch erfolglos gewesen ist.

Was unsere Bedenken anbetrifft, so muß ich anerkennen, daß in der Kommission, die ursprünglich, wie es schien, nicht geneigt war, sich auf weitere Erörterung einzulassen, doch Erklärungen abgegeben worden sind, die für die Sache nicht ohne Bedeutung erscheinen. Der Herr Finanzminister hat zugesagt, daß für die Förderung des Schulwesens in den Provinzen Posen und Westpreußen größere Mittel in den nächsten Jahren bereitgestellt werden sollen, als das bisher geschehen ist, wenn er auch hervorgehoben hat, daß schon jetzt auf diesem Gebiet vom Staate ungewöhnliche Aufwendungen gemacht würden. Wir werden ja abwarten müssen, in welchem Umfange sich hier die flotte Geldwirthschaft, mit der wir auf diesem Boden arbeiten, bewähren wird.

Von besonderem Werthe ist es uns, daß in der Kommission auch von den rechtsstehenden Parteien, insbesondere von dem Herrn Vertreter der konservativen Partei, anerkannt worden ist, daß den Gefahren entgegengetreten werden muß, die augenblicklich in den Provinzen Posen und Westpreußen nach der Richtung bestehen, daß durch die Pflege des Raiffeisenschen Genossenschaftswesens mit allen seinen Ausbildungen der deutsche Handwerker- und Handelsstand unterdrückt wird. Der Herr Landwirthschaftsminister hat zugesagt, im Herbst eine Kommission zur Erörterung dieser und anderer Bedenken zu berufen. Es ist anerkannt worden, daß die jetzige Annäherung an die Genossenschaftsunternehmungen der polnischen Filiale von Raiffeisen zu einer Schädigung des deutschen Kaufmanns- und Handwerkerstandes in den kleinen Städten geführt hat. Dies Anerkenntniß hat eine lebhafte Bewegung in den betheiligten kleinen Städten der Provinz und auch in der Stadt Posen hervorgerufen und den dringenden Wunsch erweckt, daß diese Prüfung der Verhältnisse nicht bis zum Herbst aufgeschoben werden möge, sondern, was die Wirkungen der Raiffeisenschen Genossenschaften betrifft, sofort vorgenommen werde. Ich darf versichern, daß nach meinen Erfahrungen in dieser Hinsicht Gefahr im Verzuge ist; es kann nicht mehr Monate und ein halbes Jahr lang gewartet werden, bis der letzte Rest der deutschen Handwerker und Handelstreibenden zu Grunde gerichtet ist. Ich will auf diese Sache nicht näher eingehen, weil sie in der Presse sehr ausgiebig erörtert worden ist. Aber so viel steht fest: Sie können Millionen in diese Provinzen hineinstecken, wenn Sie nicht auf diesem Gebiet die freie Gewerbethätigkeit mehr als bisher schützen, so werden Sie gar nichts erreichen.

Es gereicht uns ferner zur Freude, daß uns wenigstens zugesagt ist, man wolle bei der Behandlung der kleinen Gemeinwesen in diesen Provinzen nicht mit der fiskalischen Strenge verfahren, die reichen und wohlhabenden Gemeinden gegenüber am Platze sein mag, indem man die Anforderungen an die eigenen Finanzen dieser Gemeinwesen nicht zu hoch spannt.

Es ist auch in Aussicht gestellt worden, auf dem Gebiete des Gemeinwesens noch mehr zu thun, als bisher geschehen ist.

Alle diese Erklärungen können wir mit gewisser Befriedigung entgegennehmen; es blieb daher für uns nur noch die Frage, ob es nöthig sei, in diesem Gesetzentwurf 250 Millionen der königlichen Staatsregierung zur Verfügung zu stellen. Meine politischen Freunde nehmen insofern einen anderen Standpunkt ein als die Centrumspartei und die freisinnige Volkspartei, als wir, wie ich schon in der ersten Lesung erklärt habe, der Meinung sind, wenigstens die Mehrzahl von uns, daß der Staat ein Werk, in welchem er 200 Millionen investirt habe, nicht ohne Weiteres liquidiren könne, und als wir von dem Glauben noch nicht ganz abkommen können, daß auf dem Gebiet der ländlichen Ansiedelungspolitik noch größere Leistungen zu machen sind, als die königliche Staatsregierung bisher aufweisen kann. Von diesem Gesichtspunkte aus waren wir bereit, der königlichen Staatsregierung einen Betrag von 100, sogar 150 Millionen zur Verfügung zu stellen; wir haben den Versuch gemacht, von diesem Kredit einen Betrag von 100 Millionen abzustreichen.

Schon der erste Versuch, bei Nr. 1 50 Millionen zu streichen, begegnete einer gänzlichen Ablehnung, die um so interessanter war, als von einem Gegner der Vorlage auch ausgesprochen wurde, daß es sich in diesen Bewilligungen um ein Mehr oder Weniger wenig handele: entweder alles ablehnen oder auch alles annehmen. Ich bin entgegengesetzter Meinung gewesen und bin es noch heute. Ich sehe eine ungeheure Gefahr darin, daß man auf verschiedenen Gebieten des Staatswesens nicht nach den Millionen sieht, die zur Verfügung gestellt werden. Es kann Niemand bestreiten, daß ein Betrag von 100 bis 150 Millionen der königlichen Staatsregierung auf viele Jahre hinaus die Möglichkeit geben würde, die Ansiedelungspolitik, welche sie für die richtige hält, mit allen ihren Varianten zu verfolgen.

Es ist das eigentlich auch nicht bestritten; es ist aber geltend gemacht, daß in diesem Stadium ein Abstrich durch das Abgeordnetenhaus einen sehr nachtheiligen politischen Einfluß ausüben würde; es ist hervorgehoben sowohl von dem Herrn Finanzminister wie von den Vertretern der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Partei, daß ein solcher Abstrich verkümmern, Entmuthigung auffommen lassen und das Vorwärtsstreben des Deutschthums in den Ansiedelungsprovinzen lähmen würde, daß es bei der hier in Frage stehenden grobartigen Gesetzesaktion nicht möglich sei, das Mehr oder Weniger von einzelnen Millionen zwingend zu motiviren. Ich muß gestehen, daß ich nach der nüchternen Naturanlage, deren ich mich erfreue, auf solche Einwendungen kein Gewicht legen kann. Meine Herren! Wenn schon dadurch, daß nur 150 Millionen — das ist doch auch kein Pappenstiel — für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden, eine weitgehende Entmuthigung in den deutschnationalen Kreisen der beiden Provinzen einreißt, dann, muß ich Ihnen sagen, können Sie sich auf diese deutschnationalen Elemente nicht verlassen. Ich bin ein Gegner solcher Demonstrationen, die Hunderte von Millionen kosten. Ich bin überhaupt ein Gegner des Hurrahschreiens und habe selbst im Kriege gefunden, daß das Hurrahschreien dort mehr dazu dient, den Angreifer über eine gewisse Gefahr hinwegzutäuschen, als den Angegriffenen wirklich einzuschüchtern, und ich muß auch bezweifeln, ob es wirklich einen so erschütternden Eindruck auf die Polen macht, ob 150 oder 250 Millionen bewilligt werden. Nun glaube ich, wenn selbst das Hurrahschreien schon keinen Werth hat, so ist es gefährlich, frühzeitig unsere Patronen zu verschießen, und Hunderte von Millionen sind für die heutige Zeit keine Kleinigkeit; wenn sie für einen Zweck bewilligt sind, können sie für andere Zwecke nicht mehr festgelegt werden. Deshalb muß ich offen gestehen, ich habe den hartnäckigen Widerstand, der gegen den Abstrich der Hundertmillionen schon gegenden Abstrich der ersten 50 Millionen erhoben worden ist, für meine Person nicht begreifen. Wir haben den Antrag nicht wieder eingebracht, weil ja zweifellos ist, daß er keinen Erfolg haben würde. Die Vertheidiger der Vorlage, die Vertreter der anderen Fraktionen haben ja augenscheinlich überhaupt darauf verzichtet, über diese Kleinigkeit nun noch viel Worte zu verlieren. Wir müssen aber diesen Standpunkt aufrechterhalten, daß man auch bei solchen Dingen, wie es die Staatspolitik in den östlichen Provinzen ist, den Blick für die finanziellen Verhältnisse nicht verliert, und können es nur auf das Aeußerste bedauern, daß diese ganze Angelegenheit in diesen großen Umfange in Thätigkeit tritt.

Wir haben geltend gemacht, daß die uns sehr sympathische Absicht von Forstgrundstücken und die Aufforstung von Oedländereien zu erreichen sei ohne die Strupeln, die dieser Gesetzesvorlage für verschiedene Parteien des Hauses doch einmal anhaften, im Wege des Forstfiskus oder eines besonderen Gesetzes. Wir haben ferner geltend gemacht, daß die Versuche, die man früher nicht hätte machen können, um Besitz anzukaufen, zu dem Forsten gehören, wenn sie gescheitert sind, nur durch eine übertriebene Bürokratie haben scheitern können. Das aber vermögen wir nicht anzuerkennen, daß hier ein großes Heil zur erreichen ist, daß man 100 Millionen ausgiebt, um Kleingrundbesitz in Domänen zu verwandeln. Wir glauben, daß die Hoffnung, welche man auf die Wirksamkeit der Domänenpächter als Führer der deutschen Nation in diesen beiden Provinzen knüpft, übertrieben sind, und können uns daher der Besorgniß nicht verschließen, daß dieser Versuch mit den 100 Millionen erfolglos und und verfehlt bleiben kann. Ich darf mich ja nicht auf Ausführungen meiner politischen Freunde berufen; aber ich darf mich berufen auf Ausführungen, die hier in der ersten Lesung gemacht worden sind von einem Manne, der in der Provinz Westpreußen in diesen Verhältnissen drin steht, der, wie er selbst erklärt hat, unter Polen groß geworden ist. Das ist der freikonservative Abgeordnete Herr Rasmus, der in seiner Rede am 27. Mai erklärt hat, daß er mir zu seiner Freude vollständig widersprechen könne, und dann diesen Widerspruch gegen meine Ausführungen folgendermaßen motivirt hat: Zu meinem Bedauern muß ich dem Herrn Finanzminister widersprechen, wenn er behauptet, es wäre seitens der Ansiedelungskommission stets richtig verfahren worden. Es sind besonders die ersten 100 Millionen, ich möchte sagen, geradezu zum Nachtheil des Deutschthums verwandt worden. (Hört, hört! bei den Freisinnigen.) Er führte dann ausführlich aus, wie die Polen wesentlich mit den Fonds, die sie durch Verkäufe ihrer Güter an die Ansiedelungskommission angesammelt haben, deutsche Güter angekauft haben. Dem gegenüber hat der Herr Landwirthschaftsminister in der Kommission eine Statistik vorgetragen darüber, was aus denjenigen polnischen Grundbesitzern geworden ist, die von der Ansiedelungskommission ausgekauft worden sind, und diese Angaben befinden sich auf Seite 2 des Berichtes. Ich möchte dazu noch bemerken, daß thatsächlich ein großer Theil der Gelder, die aus den Ansiedelungsfonds in polnische Hände gekommen sind, in städtischem Grundbesitz angelegt ist. Diese Summen sind verwendet worden, um in den kleinen Städten Posens und Westpreußens das Polenthum zu stärken, und die Polen haben in diesem Ansiedelungsfonds einen Kredit, eine Bank gefunden, wie sie sie sich nicht besser hätten wünschen können. Der Abg. Rasmus, dem Niemand vorwerfen kann, daß er von diesen Verhältnissen nichts verstanden hat, polemisirte dann weiter gegen folgende Wendung des Ministerpräsidenten:

Der Herr Ministerpräsident hat gelagt, er müsse sich entschieden dagegen verwahren, wenn ihm untergeschoben würde, den deutschen bankerotten Besitz dadurch zu stärken, daß man ihn ankaufte. Ich muß offen gestehen, daß ich das nicht richtig finde. Es ist mit den Polen ganz anders verfahren worden. Ich bin in Westpreußen unter Polen groß geworden und weiß, daß sehr viele polnische Besitzer, die vor dem Ruin standen, durch den Verkauf ihrer Besitzungen an die Ansiedelungskommission in die Lage gebracht worden sind, ihren Verhältnissen entsprechend deutschen Besitz zu kaufen. Ich würde bitten, daß man mit den Deutschen fernerhin ebenso verfahren möchte, wie man bisher mit den Polen verfahren ist.

Es ist meiner Ansicht nach kaum eine härtere Kritik der ganzen Politik möglich, als wie sie hier ein begeisterter Vertreter dieser Politik vorgebracht hat. Ich werde daher nichts hinzufügen. Angesichts solcher Verhältnisse, und da wir keine Lust haben, unnützige Summen in einer Richtung festzulegen, die wir nicht für eine zweifelsfreie halten, werden wir jedenfalls gegen die Vorlage stimmen. Wir lehnen damit die Verantwortung ab. Wir verzichten aber auch auf den Ruhm, wenn diese Politik wirklich den Erfolg haben sollte, den ihre Freunde sich versprechen, daß wir an diesem Ruhm Antheil hätten. Ich erkläre ganz offen: Es wird uns nichts mehr freuen, als wenn wir uns in unseren Besorgnissen getäuscht haben, und diese Politik zu einem gedeihlichen Ende für das Deutschthum führen wird. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Landwirthschaftsminister **v. Podbielski**:

Dem Abg. v. Strombeck erwiedere ich, daß die Domänen- und Forstverwaltung alljährlich dem Landtage Rechnung über die Verwendung der zum Domänenankauf verwendeten Summen in ähnlicher Weise legen wird, wie dies bezüglich derjenigen Ankäufe von Domänen geschieht, welche aus den durch den Etat bereit gestellten Mitteln bewirkt werden. Für ein einheitliches Vorgehen der Domänen- und Forstverwaltung sowie der Ansiedelungskommission wird Sorge getragen werden. Ich werde allerdings eine Konferenz zur Prüfung der Frage im Herbst einberufen, ob denn eine Schädigung des gewerblichen Mittelstandes durch das Raiffeisen-Genossenschaftswesen in Posen erfolgt ist. Ich habe aber keineswegs zugegeben, daß eine solche Schädigung thatsächlich geschehen sei. Nach keiner Richtung ist das bisher erwiesen. Wie Herr Ehlers sich an der Höhe der Summe stößt, verstehe ich nicht, da er ja thatsächlich auch nur 50 Millionen Mark abzustreichen beantragt. Bewilligen Sie die ganze Summe, gerade auch die für die Domänen, denn sie haben die Aufgabe, als Träger deutscher Kultur im Osten zu wirken! (Beifall.)

Abg. **Glembocki** (Pole):

Man bemüht sich, die Maßnahmen gegen uns mit Gründen zu rechtfertigen. **Eine solche Heuchelei ist mir noch nicht vorgekommen.** (Glocke des Präsidenten.)

Präsident **v. Kröcher**:

Heuchelei, gegen einen Minister oder ein Mitglied des Hauses angewandt, ist unparlamentarisch. Ich rufe den Redner deshalb **zur Ordnung.**

Abg. **Glembocki** (Pole):

Die Regierung stellt die Dinge auf den Kopf. Ueber die **Kaninchen kann ich aber doch nicht schweigen;** eine solche Sache kommt doch vielleicht nur **einmal im Jahrhundert** vor. (Sehr richtig! bei den Polen.) Dabei stimmt der Vergleich nicht einmal. Denn die Vermehrung der Polen übertrifft die der Deutschen nur etwa um ein Zehntel. Was hat diese Reuterung mit den „Vertheidigungswaffen", auf die er anspielte, zu thun? Ueber den Geschmack läßt sich ja streiten; über die Geschmacksverirrung des **Grafen Bülow** ist das Urtheil schon gesprochen. (Sehr gut! bei den Polen.) Eine Komplimentirung sollte der Ausdruck für uns schwerlich sein. (Heiterkeit.) Der größte deutsche Staatsmann betrachtet die Politik vom Standpunkt des Kaninchenjägers, wie seine Kaninchenrede beweist. (Heiterkeit.) Will er den Kampf etwa durch eine Kontingentirung der Bevölkerung beenden? (Heiterkeit, Unruhe.) Sorge er doch dafür, daß die deutsche Bevölkerung sich besser vermehrt! (Unruhe und Heiterkeit.) Mit solchem Witz und Geschmack macht man keine Politik. (Beifall bei den Polen.) Wie **denkt** denn bei **Justizminister über diese ungerechte Politik?** (Beifall.)

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben**:

Es ist behauptet worden, ich hätte die Thatsachen auf den Kopf gestellt, und dann versucht worden, mit billigen Witzen über die Kontingentirung der Bevölkerung u. s. w. unsere Gründe zu entkräften. Ob die **Polen** oder die **Deutschen** die **Angegriffenen** oder die **Angreifer** sind, darüber **werden wir uns mit den Herrn Polen niemals verständigen können.** Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß die Wahrheit auf unserer Seite liegt. (Oho! bei den Polen.) Ich weiß, daß wirthschaftlich die Deutschen dort die Angegriffenen sind. (Widerspruch bei den Polen.) Ich brauche blos daran zu erinnern, wie die Schulkinder aufgehetzt werden, ihren Lehrern und Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern, wie Heirath mit Deutschen als Todsünde bezeichnet wird, wie gegen die Kriegervereine vorgegangen wird, und in **welcher Nothlage sich der kleine deutsche Handwerker im Osten befindet.** Das ist darauf zurückzuführen, daß grundsätzlich die Polen nicht von Deutschen kaufen. Wir haben die Hoffnung einer Verständigung aufgegeben; wir werden Sie nicht überzeugen. Was wichtiger ist, ist, daß die Regierung sich nicht von Ihnen überzeugen lassen wird durch all die schönen Worte, die hier gebraucht werden, und die mit der Praxis durchaus im Widerspruch stehen. Ich brauche nur an die polnische Presse zu erinnern, an ihre Auslassungen, wie sie an den Tod so hochverdienter Männer wie Dr. Kügler und Erzbischof Dr. Siemar so gehässige Angriffe knüpfte. **Wir müssen den Schleier einmal vor dem Lande lüften über die ganze polnische Agitation.** Immer wieder heißt es: Wir kämpfen auf Leben und Tod gegen die Deutschen; diese Artikel schließen mit den Worten: **Schlagt los auf die Hundeferle!** Damit sind die Deutschen gemeint. Insbesondere richtet man auch sein Angriffe gegen die deutschen Katholiken, wenn sie die nationalpolnischen Bestrebungen nicht unterstützen wollen; sie meinen: Dann niesen wir auf das Centrum! Deshalb müssen wir festhalten an unserer Politik. (Lebhafter Beifall.)

Justizminister **Schönstedt**:

Die Frage, wie ich zu der polnischen Politik stehe, habe ich am 19. Januar 1898 an dieser Stelle beantwortet, auf Seite 76 des stenographischen Berichts finden Sie meine Antwort. Ich habe keinen Anlaß, irgend etwas heute hinzuzufügen. (Beifall.)

Abg. **Glembocki** (Pole):

Sie widerlegen unsere Argumente immer nur mit Ausschnitten aus Zeitungen, aus dem Verzweiflungsaufschrei der Unterdrückten suchen Sie neue Waffen zu schmieden. (Stürmischer Beifall bei den Polen.)

Abg. **v. Strombeck** (Ctr.)

dankt dem Landwirthschaftsminister für seine Auskunft.

Minister des Innern Frhr. **v. Hammerstein**:

Die letzten Ausführungen des Abg. Glembocki sind um so unangebrachter, als er selbst einen Angriff auf den Reichskanzler auf Grund eines französischen Zeitungsausschnittes gemacht hat. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Leider findet man unter den polnischen Zeitungsstimmen keinen Artikel, der staatstreu wäre. Es wäre sehr gut, wenn die Herren aus Posen uns einmal mit Artikeln kämen, die zeigten, daß die Polen in Posen durchaus staats- und verfassungstreu sind. (Sehr gut! Sehr richtig!) Ich verstehe sehr wohl, daß die **Abgeordneten der polnischen Fraktion** gegen dieses Gesetz agitiren. Sie sehen und fühlen, daß die **Wirthschaftspolitik,** die die **königliche Staatsregierung** eingeschlagen hat und durchführen wird, ihren **Einfluß** in den **polnischen Provinzen beseitigen wird.** Und ich kann es auch nicht beklagen, weil ihr Einfluß, den ich als gut annehmen will, nicht so stark ist, um zu verhindern, daß auch in preußischen Landestheilen antipreußische und antinationale Bestrebungen sich geltend machen, die das Staatswesen zu gefährden geeignet sind. Der Wunsch der preußischen Regierung kann nur der sein, alle Landestheile mit gleichem Wohlwollen zu messen, um zu größerem Wohlstand zu gelangen, zugleich aber dahin zu wirken, das Volk zu erziehen, daß man in jeder Provinz sich fühlt als ein Glied des einheitlichen preußischen Staates, daß die **Königstreue** und **Vaterlandsliebe,** die doch identisch sind, in allen Theilen des preußischen Vaterlandes gleich groß sind. In den polnischen Landestheilen liegen die Verhältnisse leider so, daß, wie ich glaube, gründlich nachgewiesen zu haben, dort Bestrebungen thätig sind, die geradezu diesem Ziele der preußischen Regierung und des preußischen Staatsgedankens entgegen sind. Diese Bestrebungen zu bekämpfen, ist die Pflicht der Regierung; und die große wirthschaftliche Aktion, die wir hier einleiten, und auf deren Fortsetzung wir mit Ihrer Hilfe rechnen, soll wesentlich dazu beitragen, auch in diesen Provinzen das deutsche Nationalgefühl zu stärken und auch dort Vaterlandsliebe und einen dauernden Wohlstand herbeizuführen. Deshalb bitte ich Sie, diese Vorlage anzunehmen, trotzdem der Redner der Polen glaubt, diese Vorlage widerspreche aller Logik. Sie widerspricht der Logik nicht. Und daß dieses Gesetz gut ist, beweist der Widerstand der Herren Polen. (Stürmischer Beifall.)

Damit schließt die Erörterung. Die Vorlage wird mit großer Mehrheit angenommen; für Artikel 1 stimmen von der freisinnigen Vereinigung die Abgg. Peltasohn, Wolff-Lissa, Kuhr. Das Haus leert sich schnell.

Es folgt die **zweite** Berathung des **Gesetzentwurfes** zur **Ausführung** des § 7 Absatz 2 des Reichsgesetzes betreffend die **Unfallfürsorge für Gefangene.**

Berichterstatter Abg. **v. Tilsurth**

beantragt die unveränderte Annahme des Entwurfes.

Abg. **Gamp** (freik.):

Ich fürchte, es werden sich aus der Vorlage unerwünschte Komplikationen ergeben, da hernach mehrere Stellen vorhanden sind, die die Beiträge aufzubringen haben; einmal ist es der Ortsarmenverband, sodann die öffentlichen Körperschaften, denen die Unterhaltung der Anstalt obliegt, oder durch deren Organe sie zur Gemeindearbeit oder sonstigen Arbeiten zwangsweise angehalten worden sind. Die kleinen Gemeinden können durch solche Verpflichtungen schwer belastet werden. Der Staat sollte die Beiträge übernehmen. Gegenwärtig schwebt die Frage beim Reichsgericht. Dessen Entscheidung sollte man abwarten. Ich bitte deshalb, den Entwurf an die Kommission zurückzuverweisen. (Beifall.)

Finanzminister Frhr. **v. Rheinbaben**:

Wir erfüllen **nur unsere Pflicht,** die uns die **Reichsgesetze auferlegen,** wenn wir die Kosten der Unfallfürsorge tragen für die Insassen staatlicher Anstalten. Aber weiter zu gehen, insbesondere die Kosten für alle die Leute zu übernehmen, die in den Provinzial-, Gemeinde- ꝛc. Anstalten sich befinden, würde den Staat übermäßig belasten und das Verantwortlichkeitsgefühl erheblich schwächen. Es liegt kein Anlaß vor, erst die Reichsgerichtsentscheidung abzuwarten. Es muß Derjenige, der die Arbeitskraft ausnutzt, auch die Unfallfürsorge übernehmen. Ein Novum wird nicht geschaffen. (Beifall.)

Abg. **v. Waldow** (konf.):

Daß die Kreise in das Gesetz (§ 2) hineingebracht sind, steht im Widerspruch mit der Organisation der Armenverwaltung, die solche Lasten auf breitere Schultern legen will. Statt Kreise sollten die Armenverbände gesetzt werden. Wir stimmen deshalb der Zurückverweisung an die Kommission bei.

Abg. **Schmitz-Düsseldorf** (Ctr.):

Die Gesichtspunkte sind sämmtlich in der Kommission vorgebracht worden. Wir sind für die Vorlage ohne nochmalige Berathung.

Ein **Regierungskommissar**

legt dar, daß die Kreise hineingesetzt seien, weil diese die Verwendung zur Arbeit besser überschauen können als die Armenverbände. Die Belastung ist unbedeutend.

Abg. **Gamp** (freik.):

In der Kommission sind viele Punkte nicht besprochen, zum Beispiel, daß in Hannover dann nur der Staat die Lasten zu tragen hat im Gegensatz zu anderen Provinzen. Auch die Stellung der Seeleute ꝛc ist nicht berührt. Ich bitte auch Herrn Schmitz, der Zurückverweisung an die Kommission zuzustimmen.

Abg. **v. Waldow** (konf.):

Für den Finanzminister sind anscheinend die finanziellen Gesichtspunkte doch ausschlaggebend gewesen.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Das ist unrichtig. Für die Gefangenen muß in dieser Beziehung auch die Körperschaft sorgen, die sie unterbringt und beschäftigt. Wo es der Staat ist, entzieht er sich der Pflicht nicht.

Abg. **Schmitz** (Ctr.):

Der Abg. Gamp saß in der Kommission, ich glaubte, da würde er seine Bedenken vorgetragen haben. Wenn das nicht geschehen ist, will ich der Zurückverweisung an die Kommission nicht widersprechen.

Die **Vorlage** geht **an die Kommission zurück.**

Es folgt die **zweite** Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die **Abänderung von Amtsgerichtsbezirken.**

Der Berichterstatter der Justizkommission Abg. **Menge** legt dar, wie durch diesen Entwurf noch nicht alle Wünsche erfüllt seien. Er bittet, den Entwurf unverändert anzunehmen, aber die Petition der Handelskammer zu Wetzlar der Regierung zur Erwägung zu überweisen, welche eine Abtrennung der Orte Bieber, Rodheim, Königsberg und Fellingshausen vom Bezirk des Amtsgerichts zu Gladenbach und Zutheilung zu dem Amtsgericht zu Wetzlar wünscht.

Abg. **Schlabach** (kons.)

spricht als Vertreter für Wetzlar gegen die Beschlüsse der Kommission, bittet um Ablehnung der Vorlage, äußert verschiedene Wünsche und giebt eine Geschichte der Vorlage. Orte, die 6 Kilometer von Wetzlar lägen, hätten bisher zu Amtsgerichten gemußt, die 75 Kilometer weit entfernt lagen. Deshalb müßte die Vorlage auch auf 6 weitere Orte ausgedehnt werden.

Das Haus beschließt nach dem Antrage der Kommission.

Es folgt die **erste** Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Ausführung des **Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes.**

Abg. **v. Wendel-**Steinfels (kons.):

Ich möchte nur einige Fragen stellen. In Süddeutschland ist die Trichinenschau nicht obligatorisch, dort wird auch nicht alles trichinöse Fleisch vernichtet. Könnte nicht auch bei uns zugelassen werden, nur schwach trichinöses Fleisch durch Kochen dem Genuß oder der Verwerthung noch zu erhalten? Zweitens bedauere ich die Aufhebung der Freizügigkeit des bereits untersuchten Fleisches. Das hindert einen unterlassalen Ausgleich der Fleischversorgung. Die Thierärzte allein bei der Fleischbeschau als berechtigte Beamte zuzulassen, geht zu weit; das kann auch keine Abschlagszahlung auf unsere Forderung sein, doch die Thierärzte weiter aufzubessern. Ob das minderwerthige Fleisch stets in den Kochtopf wandern sollte, erscheint mir zweifelhaft; man könnte es unter Angabe des Mangels auch so verkaufen lassen auf den Freibänken. Die Reglementirung der Freibänke halte ich für überaus nützlich, insbesondere auch, daß den Kommunen bekannt wird, eine Einnahmequelle wie aus dem Schlachthofe zc. zu machen. Auch die Kosten der Fleischbeschau müssen niedrig gehalten werden. Denn schließlich wälzt der Fleischer die Kosten auf den Viehproduzenten ab. Wir sind für den Entwurf, wünschen aber eingehende Berathung in der Kommission. (Beifall.)

Abg. **Herold** (Ctr.):

Ich bedauere lebhaft, daß eine so wichtige Vorlage wie diese so spät in der Session erst vorgelegt wird. Man bringe sie früh ein oder warte bis zum nächsten Jahre. Sonst kommt man in eine ungesunde Art der Geschäftsführung. Der Entwurf hat manche Bedenken. Der Reichsentwurf hat sich vor manchen Dingen gehütet, die die preußische Vorlage bringt. Das ist bedauerlich. Ist es nöthig, hier die Trichinenschau obligatorisch, auch bei Hausschlachtungen zu machen? Wenn man es im Osten wünscht, schön: im Westen aber kocht man das Fleisch durch, hat die Schau bisher nicht gehabt, und Fälle von Trichinosis sind nicht vorgekommen. Die Freizügigkeit des untersuchten Fleisches hat allerdings auch seine Bedenken. Die Einführung eines Typus „minderwerthiges" Fleisch würde auch ich begrüßen. Etwaige Fehler müssen in der Kommission beseitigt werden. (Beifall.) Genügten nicht Polizeiverordnungen?

Landwirthschaftsminister **v. Podbielski:**

Als ich vor 8 bis 10 Tagen diesen Entwurf einbrachte, lehnten die Parteien die Berathung ab, weil die Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz noch nicht vorlagen. Sobald diese da waren, habe ich den Entwurf fertig gestellt, ich glaube, wir haben nicht 24 Stunden verloren. Mit diesem Gesetz ist man schon lange im Verhältniß zum Bedürfniß gezögert worden. Deshalb bratze ich es sofort ein. Dazu kommt, daß die Einführungsgesetze in den einzelnen Bundesstaaten erst angenommen werden müssen, ehe der Bundesrath das Inkrafttreten beschließen kann. Ich bitte deshalb, nicht mir zu grollen, daß ich, so schnell ich konnte, den Entwurf einbrachte, sondern ich bitte Sie ebenfalls, möglichst die Angelegenheit zu erledigen. Ich bin zu jeder Auskunft in der Kommission gern bereit. (Beifall.)

Abg. Dr. **Hehl-**Stolzenau (freik.):

Wir sind mit den wesentlichsten Bestimmungen der Vorlage einverstanden. Wir verstehen aber nicht, warum für Wurst besondere Ausnahmen gemacht werden sollen. Wir befürchten überdies, daß das Gesetz eine wesentliche Belastung des platten Landes bringen wird, so sehr wir den Wunsch haben, die Thierärzte aufzubessern. Wir beantragen, die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall.)

Abg. **Schmitz** (Ctr.):

Im Westen haben wir trotz Mangels einer obligatorischen Trichinenschau kaum Fälle von Trichinosis beobachtet. Da ist kein Bedürfniß dafür vorhanden. Einheitliches Recht in Preußen können wir doch nicht schaffen; für Hohenzollern müssen wir bereits Ausnahmen machen. Deshalb sollten wir sehr vorsichtig sein. Wir unterstützen den Antrag auf Kommissionsberathung. (Beifall.)

Abg. **Dippe** (natl.):

Wir waren der Meinung, daß diese Vorlage einer Kommissionsberathung kaum bedürfe. Da aber diese gewünscht, und da mancherlei Bedenken geäußert worden sind, so wollen wir gegen deren Beseitigung in der Kommission nicht sprechen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Heisig** (Ctr.)

tritt für möglichst schleunige Verabschiedung der Vorlage ein.

Abg. **Herold** (Ctr.):

Ich habe dem Landwirthschaftsminister keinen Vorwurf machen wollen; eiliger aber als dies Gesetz sind die Ausführungsbestimmungen des Reichsgesetzes.

Die Vorlage geht an **eine Kommission von 14 Mitgliedern.**

Es folgt die erste Berathung des Antrages der Abgg. **Arendt** (Babiau, kons.) und Genossen auf Annahme eines Gesetzentwurfs betreffend **die Schlachtviehversicherung.**

Abg. **v. Wendel-**Steinfels (kons.):

Wir halten dies Gesetz für sehr wichtig und unaufschiebbar, das sage ich auf Beschluß der Mehrheit meiner Freunde, und wir bitten, dies Gesetz an dieselbe Kommission zu verweisen, der die vorige Gesetzesvorlage überwiesen ist. (Beifall.)

Abg. Dr. **Krieger** (fr. Vp.):

Aus prinzipiellen Gründen sind wir Gegner des Antrages. Einen Zwang wünschen wir nicht. Die Regelung der Entschädigung ist eine Art Prämie für schlechte Wirthschaft. Wir haben auch sonst noch weitere Bedenken. Ein Stück Vieh hat doch meist nicht den Werth wie zum Beispiel ein industrielles Erzeugniß. Da müßte dort auch eine Zwangsversicherung eintreten. (Beifall.)

Landwirthschaftsminister **v. Podbielski:**

Es ist für mich nicht zweifelhaft, daß diese Materie bis zu ihrer Erledigung noch viele Schwierigkeiten bringt. Aber es ist nothwendig, diese Frage zu lösen. Die Ausführungen des Vorredners beweisen, daß er die ländlichen Verhältnisse doch nicht so kennt, wie es zur richtigen Beurtheilung nöthig ist. Ein Stück Vieh, sagte er, hat lange nicht den Werth, den irgend ein industrielles Objekt hat. Zugegeben zum Beispiel für einen Dampfkessel. Der Unterschied ist aber der, daß das Stück Vieh häufig das ganze Vermögen einer Familie darstellt, das industrielle Erzeugniß aber nicht. (Sehr richtig!) In mancher Familie hängt die Existenz vielleicht von einem Schwein ab. (Heiterkeit.) Größere Besitzer haben die Versicherung innerhalb ihres größeren Besitzes. Aber die kleinen Grundbesitzer, Tagelöhner u. s. w., die vielleicht erst beim Schlachten den Mangel und die Minderwerthigkeit des Viehes erkennen, würden ohne Entschädigung schwer leiden. (Beifall.)

Abg. Graf **Praschma** (Ctr.):

Wir hatten **formelle Bedenken.** Wir dachten, die Regierung werde selbst ein solches Gesetz vorlegen, wir wollen aber in der Kommission gern mithelfen. (Beifall.)

Landwirthschaftsminister **v. Podbielski:**

Der Abg. Herold warf mir Uebereile vor, der Graf Praschma wieder Säumigkeit. Ich nehme einen solchen Entwurf gern von ihm an, er hat ja Erfahrung. Ich zweifle aber doch, ob er in ein paar Tagen einen solchen Entwurf machen könnte. Denn am 20. Mai d. J. sind mir die Ausführungsbestimmungen des Reichsgesetzes erst zugegangen, das ist vor 6 Tagen. Bis heute kann man da einen Entwurf nicht vorlegen. Wir müssen uns überdies mit den Nachbarstaaten, Sachsen, Hamburg, Anhalt, erst einigen, um zum wirksamen Vorgehen zu kommen. Darüber dürfte der Sommer hingehen. Wir könnten uns also jetzt nur im Prinzip verständigen. (Beifall.)

Abg. **Pohl** (fr. Vg.):

Der Gutsbesitzer ist ebenso wie der Fabrikant bestrebt, gutes Material zu liefern, aber es ist sehr viel schwerer, gesunde Viehbestände zu erzielen, denn das erfordert Jahre, während ein Stück Gutsvieh gut an einem Tag gemacht werden kann. Von Seiten der Landwirthschaft wird sehr viel gethan, um das kranke Vieh auszusondern und nur zum Schlachten dem Publikum gesundes Vieh zu liefern. Mit Hilfe der Aerzte werden die Thiere untersucht und die kranken ausgeschieden. Was über die **private Schlachtviehversicherung** gesagt wird, kann ich nicht alles anerkennen, denn mir ist aus Erfahrung bekannt, daß Stücke aus einem Gehöft nicht mehr zur Versicherung angenommen worden sind, wenn schon andere aus demselben als krank befunden worden waren. (Beifall rechts.)

Abg. **Dippe** (natl.):

Ich will mich der Ueberweisung der Vorlage an die Kommission nicht widersetzen. Die große **Mehrzahl** meiner **politischen Freunde bringt** aber dem **Antrage** genau **so wenig Sympathie** entgegen **wie dem vorjährigen.** Sie beseitigen mit ein paar Federstrichen die leistungsfähigen privaten Viehversicherungen, insbesondere die Viehseuchenversicherung. Die Verwaltungskosten einer solchen staatlichen Versicherung würden sehr hoch werden; im Königreich Sachsen muß für die staatliche Zwangsviehversicherung ein weit höherer Beitrag gezahlt werden als bei privaten Versicherungen. Dazu kommt die Lücke, daß alle die Thiere, die noch nicht drei Monate in Preußen sind, nicht mitversichert werden. Wir müßten also erst Verträge mit den Nachbarstaaten abschließen. Ich helfe gern mit, wenn es eine Viehversicherungsanstalt zu errichten gilt. Also, ich würde es nicht bedauern, wenn aus der Vorlage nichts herauskäme. (Beifall links.)

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.):

Ich **habe leider kein Schwein.** (Heiterkeit.) Mein Vorredner aber hat die Landwirthschaft theoretisch und praktisch betrieben, und so halte ich es für gerathener, mich einfach auf seine Autorität zu berufen und alle seine Ausführungen zu unterschreiben, wiewohl es sich hier um mehr als rein landwirthschaftliche Fragen handelt, nämlich auch um die Versicherungstechnik, und die Leistungen auf diesem Gebiete sind doch nicht davon abhängig, wie viel Schweine man hält. (Heiterkeit.) Lassen Sie doch den Sozialdemokraten noch Einiges zu verstaatlichen über, sonst muß Herr Singer oder Bebel, der einst den Staat übernimmt, wieder einige Zweige der Privattätigkeit überweisen. (Heiterkeit.)

Abg. **v. Waldow** (kons.):

Ich bin einer der wenigen unter meinen politischen Freunden, die Bedenken gegen die Vorlage, insbesondere die provinzielle Regelung der Viehversicherung haben. Ich theile viele Bedenken des Abg. Dippe. Die private Versicherung wird nach Einführung der Fleischbeschau sicher sich ausbreiten.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Grafen **Praschma** (Ctr.) schließt die Erörterung.

Die **Vorlage** geht an **dieselbe Vierzehnerkommission** wie die vorige Vorlage.

Nächste **Sitzung Freitag** 12 Uhr. Kleinere Vorlagen, **freisinniger Antrag** zum **Wahlgesetz**, Petitionen.

Schluß nach 3½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

187. Sitzung vom 5. Juni, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf **Posadowsky.**

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die erste und zweite Berathung der **Uebereinkunft zum Schutze der für die Landwirthschaft nützlichen Vögel.**

Abg. **Beck-**Koburg (fr. Vp.)

giebt seiner Freude Ausdruck über das Zustandekommen der Uebereinkunft, wenn es auch eine schmerzhafte Sache sei, daß die **Geburt** dieses Kindes **sieben Jahre gedauert** habe. Höchst bedauerlich sei aber, daß **Italien,** wo der **Vogelmord** am schlimmsten wüthe, der Konvention nicht beigetreten sei. Warum Dänemark, England, Norwegen nicht beitraten, sei kaum zu erklären, der Nichtbeitritt der Niederlande sei erst recht unbegreiflich. Auch Einzelheiten seien an der Konvention zu tadeln, sie sei in manchen Punkten nicht weit genug gegangen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Deinhardt** (natl.)

empfindet es schmerzlich, daß auch bei uns so viel gegen die Singvögel gesündigt werde; der Vogel werde gefangen, getödtet, gefressen oder auf den Hut gesteckt; je mehr der Fluringenieur vorrücke, um so mehr verschwinden die Vögel; ganze Arten seien ausgestorben oder am Aussterben. Da Italien nicht von dem Vogelmord ablasse, sei es vielleicht am praktischsten, auf todte Vögel und **Vogelbälge** einen **hohen Zoll** zu legen. (Beifall.)

Abg. **v. Salisch** (kons.)

erklärt kurz seine Zustimmung zur Konvention.

Abg. Graf **Bernstorff-**Uelzen (Welfe)

wünscht, die **Sperbereule** aus dem Verzeichniß der nützlichen Vögel gestrichen zu sehen.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**

erwiedert, daß das Verzeichniß der nützlichen und unschädlichen Vögel unter Mitwirkung von **Zoologen** hergestellt sei, die freilich nicht immer in ihren Ansichten übereinstimmen. Daß **Italien** nicht beigetreten sei, bleibe **bedauerlich.** Daß die Niederlande nicht beigetreten seien, sei dadurch begründet, daß die Konvention nicht mit dem niederländischen Jagdgesetz übereinstimme.

Damit schließt die erste Lesung. In der sofort vorgenommenen **zweiten Lesung** werden die **einzelnen Artikel** der Konvention **genehmigt.**

Es folgt die dritte Lesung des vom Centrum eingebrachten Gesetzentwurfes über die **Freiheit der Religionsübung,** des sogenannten **Toleranzantrages.**

In der allgemeinen Besprechung erklärt

Abg. **Schrader** (fr. Vg.):

Der vom Centrum eingebrachte Antrag wurde anfänglich ausschließlich als im Interesse des Katholizismus gestellt betrachtet und bekämpft. Mit vollem Rechte wurde geltend gemacht, daß **der Katholizismus** in seinem Glauben und seinen Religionsregeln eine **Toleranz nicht kennt,** nicht kennen will und nicht anwendet da, wo er die Macht hat. An diesen Glaubenssätze des Katholizismus wird durch keine Erklärung etwas geändert werden. Nur in solchen Verhältnissen, wo der Katholizismus von seinen Glaubensregeln keinen Gebrauch zu machen im Stande ist, gestattet er sich, tolerant zu sein. Wir müssen deshalb die Verhältnisse feststellen, die dem Katholizismus die Möglichkeit nehmen, seine Glaubenssätze durchzuführen. Ich will hier **keine Polemik** vom protestantischen Standpunkt aus machen; hier haben wir von staatlichen, nicht von religiösen Dingen zu reden. Es stand die Sache in der ersten Lesung. Inzwischen ist der Theil des Gesetzentwurfs, der am meisten Widerstand fand, zurückgezogen, weil man sich überzeugte, daß er nicht durchgesetzt werden könne, und wenn er aufrecht erhalten würde, auch der erste Theil keine Aussicht habe, angenommen zu werden. Dieser erste Theil will nun im Wesentlichen **freie Religionsübung** für alle Religionsparteien im deutschen Reiche sichern. Ein gut **Theil des Verdienstes** daran, daß dieser Theil zu Stande gekommen ist, kommt auf Kosten der **Bemühungen der Linken.** (Sehr richtig! links.) Das Gesetz wird in der That die freie Religionsübung, wenigstens für den Einzelnen, in sehr viel größerem Maße sichern, als es bisher der Fall war, — wenn es zu Stande kommt. Das ist allerdings die Frage. Ich wünsche dies lebhaft, wenn auch **manche Bestimmungen darin nicht richtig sind.** Die Fassung des grundlegenden § 1 sagt mir nicht zu. (Zustimmung links.) Es ist in zweiter Lesung ein dritter Absatz hinzugefügt, der dem Gesetz eine ganz falsche Deutung geben wird. Der Zusatz, daß die Bestimmungen über das **Vereins- und Versammlungsrecht aufrechterhalten** bleiben sollen, ist aus der Meinung, die namentlich **von konservativer Seite** ausgesprochen wurde, hervorgegangen, daß, wenn eine solche Bestimmung nicht getroffen würde, **die Vorschriften über das Vereins- und Versammlungsrecht** damit beseitigt würden. Nach meiner Ansicht bedeutet dieser Paragraph die Beseitigung aller derjenigen Schranken für die freie Religionsübung, die gegen diese freie Religionsübung als solche bestehen; aber er befreit in keiner Weise die Religionsübungen von der Befolgung aller übrigen Gesetze. **Prozessionen** zum Beispiel sind, wenn § 1 angenommen wird, **überall gestattet** unter der Voraussetzung, daß sie den Bestimmungen für öffentliche Aufzüge entsprechen. Selbstverständlich **bleibt** auch der sogenannte **Kanzelparagraph bestehen.** Ich halte die Beobachtung der bürgerlichen Gesetze für viel sicherer, wenn der Zusatz weggelassen wird. Bei § 2, wo neue Bestimmungen über das Erziehungsrecht der Eltern in **gemischten Ehen** getroffen sind, halte ich es nicht für glücklich, daß man jetzt die Vereinbarung gewissermaßen als nothwendig hingestellt hat, und daß man dadurch die bürgerliche Giltigkeit der Vereinbarungen, die früher nicht bestand und von vielen Gesetzgebungen ausdrücklich ausgeschlossen ist, jetzt durch das **bürgerliche Recht** bestätigt. Das wird wohl dazu führen, daß in immer größerem Maße von dieser Vereinbarung zwangsweise Gebrauch gemacht wird, und die katholische Kirche unter allen Umständen darauf hält. Ohne solche Vereinbarung wird es keine Giltigung der Ehe durch die katholische Kirche geben. Ich freue mich, daß es uns gelungen ist, in einer Beziehung wenigstens das **Erziehungsrecht** bei dem religiösen Unterricht und dem Gottesdienst **zu wahren.** Bisher ging die Schulgesetzgebung wenigstens dahin, daß jedes Kind berechtigt sei, dem Religionsunterricht in der Schule beizuwohnen. Ich wünschte die allgemeine Freiheit der Eltern bezüglich des Religionsunterrichts. Beschlossen ist, daß kein Kind an einem Religionsunterricht einer anderen Religionsgemeinschaft theilnehmen solle; man meinte, daß damit auch die **Freireligiösen** und **Religionslosen gedeckt** seien. Ich **fürchte aber,** man wird in diesen Fällen argumentiren, es handele sich nicht um den Schutz einer Religion, wenn keine Religion vorhanden ist, folglich komme die Schulgesetzgebung in Anwendung, und das Kind müsse dem Religionsunterricht beiwohnen. Gegen den Antrag der Sozialdemokraten, die Religion ganz aus der Schule zu entfernen, würde ich auch nicht einmal vom Standpunkte der Religion Bedenken haben. Aber es ist im Augenblicke nicht durchzusetzen, denn einmal wird mit gutem Grunde hierfür die Kompetenz bezweifelt, und dann würden die verbündeten Regierungen ihn nicht genehmigen. Endlich ist es auch ein **Gewinn,** daß der **Austritt aus Religionsgemeinschaften** von allen den lästigen Formalitäten und Einwirkungen der Religionsgemeinschaft, die man verläßt, befreit wird, und daß Niemand zu den Kosten einer Religionsgemeinschaft, der er nicht angehört, beiträgt. In Zukunft würde zum Beispiel die **Stadt Berlin,** mit anderen Worten, die Berliner Steuerzahler, einerlei, welcher Religion, nicht mehr zu den protestantischen Kirchenbauten herangezogen werden dürfen. Trotz mancher Bedenken, die ich gegen das Gesetz habe, ist das Gesetz ein **großer Fortschritt.** Darum werden ich und meine Freunde **dafür eintreten** in der Hoffnung, daß es zu Stande kommt, und daß, wenn es nicht zu Stande kommen sollte, es demnächst doch die Grundlage für eine neue, vielleicht noch bessere Gesetzgebung werden möge. (Beifall links.)

Abg. **Kunert** (soz.):

Die Bestimmungen des § 1 sind uns sympathisch, dagegen sind die weiteren Bestimmungen und durch die Annahme des Antrages Oertel mannehmbar gemacht. Im Gangen werden wir aber **dennoch für das Gesetz stimmen,** weil insbesondere die Vorschriften über den Austritt aus den Religionsgemeinschaften eine **große Verbesserung** bedeuten. Redner polemisirt sodann gegen die Ausführungen **der Abgg. Dr.** Hieber und Richter bei der zweiten Berathung.

Abg. Frhr. **v. Schoele-**Wunsdorf (Welfe):

Wir sind für das Gesetz; wir hatten zwar manche Bedenken, diese sind jetzt aber beseitigt. Den Reichskanzler bitte ich jetzt, dafür zu sorgen, daß in Preußen die Nententen und die **Altlutheraner** nicht mehr **chikanirt** werden wie bisher. Diese dürfen doch nicht schlechter behandelt werden als die **Katholiken.**

Abg. Dr. **Hieber** (natl.):

Ich sehe mich durch die Angriffe des Abg. **Kunert** genöthigt, noch auf einzelne Punkte zurückzukommen. **Probleme** wie die, ob die Naturwissenschaft Gegnerin der Religion ist oder nicht, lassen sich nicht im parlamentarischen Wege erledigen. In der Kommission gewannen wir den Eindruck, daß die **Sozialdemokraten** in diesen Fragen selbst **nicht einig** sind, da die Abgg. **Kunert** und **v. Vollmar** sich sehr scharf in der Kommission gegenüberstanden. Zahlreiche Gelehrte von Kopernikus an haben ihre wissenschaftliche Ueberzeugung sehr wohl mit religiösem Glauben vereinigt. Wie kann die Sozialdemokratie da von Phantasterei, Duselei und vorsätzlichen **liberalen Muckertthum** sprechen? Die ersten Gelehrten haben sich in unchristlichem Sinne ausgesprochen. Der Wunsch nach Beseitigung des Religionsunterrichts von Staats wegen ist noch nirgends geäußert. Das zeigt, daß auch diejenigen Eltern, die nicht auf kirchlichem Boden stehen, die erzieherische Bedeutung der Religion anerkennen; diese geben damit zu, daß die Religion die erste und elementarste Erziehungsmacht darstellt. Gegen den ersten Abschnitt des Antrages haben **wir starke Bedenken,** wir werden ihn deshalb ablehnen. Wo das Centrum die Macht hätte, den Toleranzantrag zur Durchführung zu bringen, geschieht das nicht. Das zeigt sich besonders in Bayern, wo das Centrum einen liberalen Antrag auf Besserstellung der Altkatholiken abgelehnt hat. (Beifall.)

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.):

Die ruhige und würdige Behandlung des Antrages hier im Hause hat dem Antrag immer mehr Freunde in diesem Hause wie draußen erworben. Die Verhandlung hat gezeigt, daß wir den Gegnern ehrlich selbst das gewähren wollen, was wir verlangen. Wir sind überzeugt, daß wir in Deutschland zu **wirklichem Religionsfrieden** nur kommen können, wenn jede Richtung die Rechte der anderen anerkennt. Wir hoffen, daß dank der Initiative des Reichskanzlers recht bald in **Mecklenburg** und **Braunschweig** die Rechte der Katholiken besser gewahrt werden. Möge dann **Sachsen** auch nicht allein zurückbleiben. Die Regierung ist unserem Antrag zweifellos mit Mißtrauen entgegengekommen, nachdem wir aber gezeigt, daß dies unberechtigt war, kann für den Bundesrath kein Grund bestehen, dem Antrag die Zustimmung zu versagen.

Damit schließt die allgemeine Besprechung.

In der **Einzelberathung** bekämpft bei § 1 (volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses)

Abg. **Stolle** (soz.)

die Bestimmung, daß die allgemeinen polizeilichen Vorschriften der Landesgesetze über das Vereins- und Versammlungswesen durch den Entwurf unberührt bleiben sollen. Redner bringt sodann **Beschwerden** aus **Sachsen** zur Sprache und klagt insbesondere darüber, daß in Sachsen **keine Juden Richter** geworden seien.

Sächsischer Bundesrathsbevollmächtigter Graf **Hohenthal:**

Der Vorredner hat sich beschwert, daß kein Jude in Sachsen Richter sei. Ich kann das jetzt nicht sogleich beurtheilen, jedenfalls kann ich den Abg. Stolle nur bitten, mir eine gesetzliche Bestimmung nachzuweisen, daß in Sachsen kein Jude Richter werden darf. Daß dem **Sektirer** die gesetzlichen Bestimmungen **unangenehm** sind, glaube ich schon, so lange diese Bestimmungen aber bestehen, müssen sie sich fügen. Der Wechselburger Fall ist jetzt erledigt. Der Streit ist am 26. August vorigen Jahres endgiltig beigelegt zur vollständigen Befriedigung der evangelischen und katholischen Kirche.

Abg. Dr. **Stockmann** (Rp.):

Ich werde mich bemühen, der nervösen Empfindlichkeit in religiösen Dingen des Abg. Bachem Rechnung zu tragen, aber ich muß seiner Behauptung, ich hätte den verstorbenen Dr. Sigl als Musterkatholiken hingestellt, widersprechen. Meine Behauptungen über den von der **Voce della verità** gebrachten Artikel werden von einem ultramontanen Blatt, von der Neisser Zeitung, als richtig hingestellt; auszüglich ist freilich, daß die Anklage gegen mich von allen ultramontanen rheinisch-westfälischen Blättern wiederholt wird, die Berichtigung aber nicht; sie haben offenbar von dieser Berichtigung nichts erfahren. Ich hoffe aber, daß sie jetzt, nachdem sie durch mich Mittheilung davon erhalten, diese Berichtigung bringen werden — der Neisser Zeitung aber drücke ich meinen Dank für ihr Verhalten aus. Was die Sache selbst anlangt, so hat der Abg. Dr. Bachem abgeleugnet; auf die **Quellen** meiner Angaben einzugehen. Dies sind die **päpstlichen Bullen!** Wenn er nicht einmal päpstliche Bullen als Quellen zuläßt, was soll dann gelten? Der Abg. Spahn hat aber selbst die Unwandelbarkeit der Lehren der katholischen Kirche anerkannt. — Zur Sache selbst

habe ich zu erklären, daß wir den § 1 selbst für richtig halten, wenn das zu Zwiefalten Anlaß gebende Wort „allgemein" entfernt würde, dennoch werden wir **gegen diesen Paragraphen stimmen**, da wir in ihm einen Eingriff in die Staatshoheit der Einzelstaaten sehen.

Abg. Dr. **Bachem** (Ctr.)

erklärt, er habe die Katholikenqualität des Dr. Sigl nicht bestritten, sondern nur die Behauptung des Abg. Stockmann, daß Dr. Sigl eine Auktorität der katholischen Kirche sei. Was den Artikel in der Voce della Verita anlangt, so handelt es sich nicht darum, ob der vom Abg. Dr. Stockmann erwähnte Artikel darin stand, sondern nur darum, daß dieses Blatt wie auch der **„Hirte des Thales"** und sein Inhalt durchaus **keine kirchliche autoritative Bedeutung** haben. Aber schließlich ist der Reichstag keine Behörde zur Entscheidung kirchlich-religiöser Fragen, sondern nur für staatsrechtliche Angelegenheiten kompetent; so können wir auch hier die Bedeutung der alleinseligmachenden Kirche nicht feststellen.

Abg. **Schrader** (fr. Vg.):

Der Abg. Stolle hat sich darüber beschwert, daß in dem Gesetz die Wiederholung des Gesetzes von 1869 weggelassen und die Folge davon eine Ungleichheit der Behandlung in Sachsen sei. Das ist nicht richtig. Das Gesetz besteht zu Recht und ist deshalb hier nicht nöthig zu erwähnen; es gilt auch in Sachsen. Und wenn es dort nicht angewendet wird, so möge sich der Abg. Wurm bei dem Reichskanzler beschweren. Hoffentlich wird sich aber der Reichskanzler dann **nicht an Preußen halten**, denn dort sind dieselben Beschwerden zu erheben wie in Sachsen. Zweitens hat sich der Abg. Stolle beschwert, daß ein Abl. 2 in den Antrag Gröber-Oertel aufgenommen worden ist, weil darin die Bestimmungen über Vereins- und Versammlungsrecht aufrecht erhalten sind. Darauf erwiedere ich ihm, daß sächsische Gesetz ist nicht ein Vereins- und Versammlungsgesetz, sondern ein **religiöses**, das mit dem Inkrafttreteten dieses Gesetzes außer Kraft treten würde. Und wenn der Abg. Stolle sich zu beschweren haben sollte, so möge er sich auch hier an den Reichskanzler wenden.

Abg. Dr. **Jäger** (Ctr.)

weist die dem Centrum gemachten Vorwürfe zurück; das Centrum habe sich stets noch mehr als die Altkatholiken auf den Standpunkt der Verfassung gestellt.

Abg. **Stolle** (fos.)

bemerkt, von der „fürchterlichen Toleranz", die in Sachsen herrsche, wenn man die sächsische Regierung höre, sei leider in der Praxis nichts zu merken.

Abg. Dr. **Deinhard** (natl.)

vertheidigt dem Abg. Jäger gegenüber die Altkatholiken, ihre Toleranz und ihr stets verfassungsmäßig geregeltes Verhalten.

Damit schließt die Besprechung. § 1 wird **angenommen**, ebenso ohne erhebliche Besprechung die übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfes.

Die **Gesammtabstimmung** über den Gesetzentwurf ist auf Antrag des Abg. Dr. **Hieber** (natl.) eine **namentliche**. Gegen den Gesetzentwurf stimmen die Nationalliberalen mit Ausnahme des Abg. Grafen Oriola, die meisten konservativen Abgeordneten und die Mehrheit der Reichspartei. Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 226 Abgeordneten; für den Antrag stimmen 163 Abgeordnete, dagegen 60, der Stimme enthalten sich 3 Abgeordnete.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Sonnabend, 1 Uhr. (Gesetzentwurf betreffend Vogelschutz, Rechnungssachen, Gesetzentwurf betreffend **Aufhebung des Diktaturparagraphen**, Petitionen.)

Schluß 5¾ Uhr.

Der Zolltarif in der Kommission.

(60. Sitzung vom 5. Juni.)

In der 60. Sitzung der Zolltarifkommission wird die Berathung fortgesetzt bei Position 326 Farbholzauszüge (Farbholzextrakte); auch Auszüge aus anderen pflanzlichen Farbstoffen, flüssig 2 Mark, fest 4 Mark, mit der Anmerkung: flüssige Farbholzauszüge aus anderen pflanzlichen Farbstoffen über 28 Bé. werden wie feste verzollt. Es handelt sich hier unter anderem auch um Quebrachoholzextrakte. Die Position gehört zu den wenigen, wo im Bundesrath die Sätze ermäßigt worden sind, und zwar in diesem Falle von 8 Mark auf 2 beziehungsweise 4 Mark.

Hierzu liegen vor die Anträge: 1. des Abg. Gothein, die gegenwärtige Theilung der Farbholzauszüge und die Tarifirung aufrecht zu erhalten; 2. der Abgg. Biel und Dr. Müller-Sagan, für die ganze Position einen Zollsatz von 3 Mark zu beschließen, und 3. der Abgg. Schlumberger und Genossen mit einem Zollsatze von 6 Mark für flüssig und fest.

Geheimer Oberregierungsrath Zusensky: Wenn auch entsprechend den höheren Zöllen für Gerbstoffextrakte eigentlich ein höherer Zoll gerechtfertigt wäre, so bitte er doch, den Zoll nicht über die Sätze der Regierungsvorlage hinaus erhöhen zu wollen.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung aller Anträge der Vorschlag des Entwurfs angenommen.

Position 327 Erdfarben: Kreide, geschlemmt; auch gefärbte Kreide 0,40 M., andere Erdfarben 2c. 0,50 M.

Hierzu beantragen: 1. Abg. Gothein die Beibehaltung der gegenwärtigen Sätze, 0,30 M. und zollfrei; 2. die Abgg. Schlumberger u. Gen., die Position zu fassen: Kreide geschlemmt, auch in anderer Weise fein gepulverte Kreide . . . 0,40 M.

Nach Begründung der Anträge vertheidigt Geheimrath Meuschel die Vorlage; sodann bekämpft Abg. Hoch (soz.) jeden Zoll und leitet mit dem Gedanken, wichtiger als der Zoll sei die Anlage von Kanälen, zu einer längeren Kanaleröterung über, in der ihn der Vorsitzende Abg. Rettich mit der Aufforderung unterbricht, die Besprechung der Kanalfrage fortzulassen. — Ministerialdirektor Wermuth bekont, der vorgeschlagene Zoll auf Kreide entspreche den Wünschen der Kreideindustrie auf der Insel Rügen; die Einfuhr fremder Kreide wachse fortgesetzt. — Abg. Gothein meint, die Kommission sei schon zu tief „in die Kreide" gekommen; er wolle sich deshalb kurz fassen und nur hervorheben, daß für die Kreideindustrie Rügens eine Ermäßigung der Eisenbahnfrachten wichtiger sei.

Bei der Abstimmung wird unter Annahme der Fassung des Abg. Schlumberger der Vorschlag des Entwurfs für die Tarifsätze genehmigt. Es folgt die gemeinsame Erörterung der Positionen 328 und 332:

Position 328, Ruß; Buchdruckschwärze, trocken, nicht zubereitet; auch hergleichen Kupferdruckschwärze . . . . . 5 Mark.

(Auch hier ist im Bundesrath der ursprüngliche Entwurf ermäßigt worden, und zwar von 10 auf 5 Mark.)

Position 332, Papierdruckfarbe aus Ruß oder Kupferdruckschwärze hergestellt . . . . . 10 Mark.

(Der Bundesrath hat den Satz von 15 Mark ermäßigt.)

Abg. Gothein beantragt, Ruß ganz zollfrei zu lassen, und hebt hervor, wir könnten den ausländischen Ruß garnicht entbehren. — Geheimrath Meuschel erklärt, der Rußzoll müsse aus handelspolitischen Gründen, wie vorgeschlagen, aufrechterhalten werden. — Die Zollfreiheit wird abgelehnt, der Satz der Vorlage angenommen. Die dazwischen liegenden Positionen werden ohne Erörterung angenommen. In ihnen wird Zollfreiheit festgesetzt für Bronzefarben (329), Pigmentfarben und Farblacke 2c. (330) und andere nicht zubereitete Farben (331).

Die Positionen 333 und 334 werden verbunden.

Position 333, Bleiweiß, Zinkweiß 2c., nicht in Blechbüchsen 2c. 3 Mark.

Position 333, dieselben Farben in Blechbüchsen 2c., Pasten 2c. 20 Mark.

Abg. Gothein beantragt, für Eisenfarbe in Pulverform sowie mit Oel angeriebenes Eisenoxyd und Eisenmennig 6 Mark, und begründet den Antrag, gegen den Geheimrath Meuschel jedoch Bedenken äußert. Abg. Gothein ändert seinen Antrag dahin, daß „Eisenoxyd und Eisenmennig" in Position 333 eingereiht werden sollen.

Dieser Vorschlag findet Annahme; mit ihm wird die Vorlage angenommen; auch Position 334 wird unverändert angenommen.

Position 335 Tinte und Tintenpulver 5 Mark.

Abg. Gothein beantragt die Beibehaltung des gegenwärtigen Zollsatzes von 3 Mark. Er bitte, nicht „aus der Kreide" „in die Tinte" zu kommen und die Erörterungen abzukürzen. — Geheimrath Müller macht darauf aufmerksam, daß die Einfuhr von Tinte bedeutend sei; es sei doch nicht einzusehen, warum das Ausland, das sich gegen uns durch Zölle abschließe, seine Tinte zollfrei bei uns einführen solle. So erhebe Amerika 25 Mark Zoll. Der Tintenzoll entspreche außerdem dem Gallapfelzoll.

Die Zollfreiheit wird mit 12 gegen 10 Stimmen abgelehnt, die Regierungsvorlage angenommen.

Die drei nächsten Positionen werden gemeinsam erörtert.

Position 336, Graphit: geformt (in Tafeln, Blöcken oder dergleichen) 4 Mark, in Aufmachungen für den Kleinverkauf 6 Mark.

Position 337, Speckstein 6 Mark.

Position 338, Blei-, Farben- und Kohlenstifte; Kreide, geschnitten oder geformt: ungefaßt oder nur mit Papier überzogen 20 Mark, mit Fassung aus rohem, ungeglättetem, weißem Holz 25 Mark, mit Fassung aus anderem Holz 45 Mark.

Abg. Gothein beantragt nur zwei Unterabtheilungen durch Vereinigung der beiden ersten Unterabtheilungen, und dafür einen gemeinsamen Satz von 20 Mark, im Uebrigen einen Satz von 30 Mark. Abg. Graf Kanitz (kons.) wünscht, nur für Bleistifte in Holzfassung zu handwerksmäßigem Gebrauche den Zoll auf 25 Mark festzusetzen, für alle anderen Bleistifte empfiehlt er den Zoll von 40 Mark. — Geheimrath Müller weist darauf hin, daß die Herstellung von Bleistiften in Amerika sehr günstig liege wegen des dort vorhandenen Cedernholzes; es sei deshalb auch nicht ausgeschlossen, daß die Einfuhr Amerikas steigen werde. Deshalb bitte er, den erhöhten Zollsätzen zuzustimmen, zumal sie für den einzelnen Bleistift nur etwa 0,001 Mark ausmachten. — Bayerischer Bevollmächtigter Ministerialdirektor Ritter v. Geiger tritt für die im Entwurf vorgeschlagenen Zollsätze ein.

Die Fortsetzung wird auf morgen Vormittags 9 Uhr vertagt.

Parlamentarische Nachrichten.

• Die **Zuckersteuerkommission** setzte am Donnerstag Vormittag die Berathung über die Kontingentirungsfrage fort. Der Antrag Müller-Fulda ist zurückgezogen, an seine Stelle ist ein Antrag Prinz Arenberg (Ctr.) getreten. Der Antrag unterscheidet sich vom Antrag Müller-Fulda durch veränderte Bestimmungen über die Feststellung der Kontingente. Nach ihm soll die Feststellung der Kontingente unmittelbar nach Verkündigung des Gesetzes für die Betriebsjahre 1903/04 bis einschließlich 1907/08 erfolgen und alle diejenigen Fabriken umfassen, die bei Verkündigung des Gesetzes bereits im Betrieb oder zum Betrieb fertig oder vor dem 1. Juli 1902 in der Herstellung begriffen waren. Den Fabriken, die bereits am 1. Oktober 1901 im Betrieb oder betriebsfertig waren, wird dasjenige Kontingent zugetheilt, das ihnen auf Grund des bestehenden Gesetzes für das Betriebsjahr 1902/3 zusteht. Den nach dem 1. Oktober 1901 errichteten Fabriken, soweit solche bis zur Verkündigung des Gesetzes bereits im Betrieb oder betriebsfertig oder soweit sie vor dem 1. Juli 1902 in der Herstellung begriffen waren, wird unter Anhörung von Sachverständigen ein Kontingent zugetheilt, das im Verhältniß ihrer Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung von 50 Arbeitstagen festgestellt wird. Andere Fabriken erhalten für die Betriebsjahre 1903/4 bis inkl. 1907/8 kein Kontingent.

Abg. Dörken (Rp.) stellt hierzu ein Amendement, wonach den am 1. Oktober 1901 im Betrieb befindlichen Zuckerfabriken dasjenige Kontingent zugetheilt werden soll, das ihnen auf Grund des bestehenden Gesetzes für das Betriebsjahr 1903/4 (nicht 1902/3) zusteht.

Abg. Schippel (soz.) wendet sich in längerer Rede gegen den Antrag Arenberg. Er weist aus der Statistik nach, wie gerade durch die Kontingentirung der Osten geschädigt worden ist, und verlangt darüber Auskunft, wie die Kontingentirung bisher auf die Zuckerproduktion der einzelnen Landestheile gewirkt habe.

Staatssekretär Graf Posadowsky wiederholt noch einmal seine Bedenken gegen die Kontingentirung unter Hinweis auf die Konkurrenz mit dem Auslande und die Interessenverschiedenheit innerhalb der Landwirthschaft.

Abg. Dr. Paasche (natl.) bestreitet, daß die Kontingentirung eine Beseitigung der Ueberproduktion bringen könne, da die Fabriken, die in den einen Jahre das Kontingent nicht erreichen, dasselbe jedenfalls im nächsten Jahre nachholen werden.

Nach weiterer Debatte wird zur Abstimmung geschritten, der eine lange Geschäftsordnungsdebatte vorangeht.

Die erste Bestimmung des Antrages Arenberg, worin eine Kontingentirung auf fünf Jahre und ein Steuerzuschlag bei der Ueberschreitung des Kontingents von 4,40 Mark vorgesehen ist, wird mit 16 Stimmen angenommen, ebenso weitere Theile des Antrages über die Zahlungspflicht u. s. w.

Das Amendement Dörken wird mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt; dagegen stimmt auch das Zentrum.

Nunmehr fällt mit 14 gegen 14 Stimmen diejenige Bestimmung des Antrages Arenberg, die das Kontingent für die Fabriken, die am 1. Oktober 1901 im Betrieb waren, festsetzt.

Auch die weiteren Theile des Antrages werden abgelehnt und schließlich in der Gesammtabstimmung der ganze Kontingentirungsplan mit 15 gegen 11 Stimmen.

Artikel 3 der Vorlage wird nunmehr mit großer Majorität angenommen. Er lautet: „Wird Zucker, welcher vor Inkrafttreten dieses Gesetzes in eine Niederlage aufgenommen ist, nach dem genannten Zeitpunkt in den freien Verkehr oder in eine Zuckerfabrik überführt, so ist der darauf gewährte Ausfuhrzuschuß zurückzuzahlen."

Artikel 4 lautet: „Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem am 5. März 1902 in Brüssel zwischen dem Reich und einer Anzahl anderer Staaten abgeschlossenen Vertrag über die Behandlung des Zuckers in Kraft."

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.) macht darauf aufmerksam, daß in der Vorlage an keiner Stelle die ausdrückliche Zustimmung zu der Brüsseler Konvention ausgedrückt wäre. Dem Reichstage aber müsse die Gelegenheit zu einer Abstimmung über die Brüsseler Konvention auch formell gegeben werden. Redner beantragt, den Artikel 4 folgende Fassung zu geben: „Der Reichstag ertheilt seine Genehmigung zu dem am 5. März dieses Jahres in Brüssel abgeschlossenen Vertrage über die Behandlung des Zuckers. Das Zuckersteuergesetz tritt gleichzeitig mit der Konvention in Kraft."

Staatssekretär Graf Posadowsky hält diesen Antrag eigentlich für überflüssig, denn die Zustimmung zu der Brüsseler Konvention sei bei Annahme des Artikels 4 in der Regierungsfassung implicite gegeben. Schließlich aber sagt der Staatssekretär Erwägungen der Regierung darüber zu, ob sich staatsrechtlich eine Form finden lasse, in der ausdrücklich die Zustimmung des Reichstages zur Brüsseler Konvention stattfinden ist.

Der Antrag Limburg wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist die erste Lesung des Gesetzes beendet. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich darüber, ob alsbald in die Berathung des Süßstoffgesetzes oder vorher in die zweite Lesung des Zuckersteuergesetzes eingetreten werden, oder endlich, ob jetzt eine Vertagung erfolgen solle.

Es wird schließlich mit großer Mehrheit beschlossen, jetzt die Vertagung eintreten zu lassen und am Freitag Vormittag mit der Berathung des Saccharingesetzes zu beginnen.

mb. Die 22. Kommission des **Abgeordnetenhauses** für das **juristische Studium** hat die heute Vormittag beabsichtigte Sitzung, für die die zweite Lesung in Aussicht genommen war, wegen der bis zum Beginn der Plenarsitzung nur zur Verfügung stehenden kurzen Zeit ausfallen lassen. Die 17. Kommission für die Vorlage wegen der kirchlichen Verbände in Kassel und die 16. Kommission für die Berggesetznovelle beschäftigten sich mit der Berichtserstattung, die 11. Kommission für die Generalkommissionsfrage besprach den von der Regierung erstatteten Nachweis über die gewährten Zwischenkredite, und die Gemeindekommission berieth über Petitionen.

mb. In der Mittwoch Abend fortgesetzten Berathung der Kommission für **Vorausleistungen zum Wegebau** lagen Abänderungsanträge des Abg. v. Sabinski (Ctr.) zum § 1 vor: statt „Anlegung von Fabriken, Bergwerken 2c." zu sagen: „gewerblichen, bergbaulichen oder Handelsunternehmungen sowie zur Errichtung von Bauten", und 2. den Worten: „ein öffentlicher Weg" hinzuzufügen: „oder eine eine besondere Verkehrsanlage darstellende Brücke." Der Regierungskommissar wandte sich gegen die Aufnahme des Begriffes „Handelsunternehmungen" in das Gesetz, ferner gegen den gleichfalls vorgeschlagenen Ersatz der Worte „mit Rücksicht auf" durch die Worte „nach Verhältniß". — Der Abg. v. Kölichen (kons.) wünscht im § 1 hinter den Worten: „Wird ein öffentlicher Weg" einzuschalten: „oder eine Brücke, welche eine selbstständige Verkehrsanlage darstellt." Ein Antrag Kittler, hinter „Ziegeleien" einzuschieben: „oder durch die Errichtung von Bauten," wurde einstweilen zurückgezogen. Auch der Abg. Krawinkel hatte einen Antrag gestellt, der jedoch abgelehnt wurde. Zur Annahme gelangte der Antrag v. Kölichen, und zwar einstimmig, und sodann in Verbindung mit ihm gegen zwei Stimmen der § 1 der Vorlage.

Auswärtige Fonds-Telegramme.

Frankfurt a. M., 5. Juni, 2 Uhr 30 M. Nachm. (Schlusskurse.
Tendenz: Ruhig.

Lond. Wechsel .	20,470	4% ung. Goldr. .	—	Allg. Elektrizität.	188,00
Pariser Wechsel .	81,133	4% do. Kronenr.	98,20	Schuckert	149,50
Wiener Wechsel .	85,166	Unif. Egypter . .	—	Höchster Farbw..	350,00
3% Reichsanleihe	93,00	5 proz. Mexikaner	101,00	Bochum. Gusstahl	200,30
3% Hessen v. 96 .	90,60	Oest. 1860er Loose	154,00	Harpener Bergw.	179,40
Italiener	102,60	Reichsbank	155,70	Hibernia	174,50
Oest. 4% Gold-R.	103,00	Berl. Handelsges.	158,60	Westeregeln . . .	202,00
do Silberrente	101,70	Darmstädt. Bank	140,90	Laurahütte . . .	206,10
do. 4½% Pap.-R.	101,80	D. Genossensch.-B.	133,00	Lübeck-Büch. E.	—
3% portug. Anl. .	29,90	Disk.-Kommandit	187,40	Staatsbahn	150,60
5% amort. Rumän.	96,10	Dresdner Bank .	147,50	Lombarden	18,10
4% russ. Consols .	101,00	Mitteld. Kred. Akt.	109,90	Raab-Oedenburg .	—
4% Russ. 1884 . .	96,50	Nationalbank f. D.	116,40	Gotthardbahn . . .	168,50
4% serb. Rente .	69,40	Oest.-ung. Bank .	115,60	Mittelmeerbahn .	87,50
4% Spanier	80,60	Oest. Kred.-Akt. .	215,50	4% Wladik.-Prior.	99,10
Konv. Türken . .	26,30	Adler Fahrrad . .	167,00		

Privatdiskont 2¼. Breslauer Diskontobank 98,90. Neue Russen 99,15. Anatolier 89,70. Deutsche Bank 210,40.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 216,70. Diskonto-Kommandit 187,60. Laura —,—. Bochumer —,—. Harpener —,—. Spanier —,—.

Leipzig, 5. Juni. (Schlusskurse.)

Oest. Banknoten.	85,15	Kredit- u. Sparb.	—	Altenb. A.-Braur.	196,00
3% sächs. Rente	90,70	Leipz. Bank-Akt.	1,10	Zuckerf. Glauzig	106,50
3½% do. Anleihe	100,85	do. Hypothekenb.	126,70	Zuckerr. Halle . .	164,00
Böhm. Nordb.-L.	—	Sächs. Bod.-Credit	127,50	„Kette"	76,50
Buchtiehr. Lit. A.	245,20	Casseler Jute-Sp.	—	Leipz. Strassenb.	143,25
do. do. Lit. B. .	251,50	Leipz. Baumw.-A.	173,00	Leipziger Elektr.	
Leipziger Kredit	177,50	Leipz. Kammgarn	183,00	Strassenbahn .	70,50
Zeitzer Paraffin .	131,00	Kammgarn Stöhr	176,00	Thüring. Gas . . .	250,00
Mansfelder Kuxe	670 Br.	Wernhaus. Kamm.	—	Deutsche Spitz .	239,00

Hannover, 5. Juni.

3½% Hannov. Prov.-Anleihe	99,75	Döhrener Wollwäscherei- u.	
4% do. do.	103,90	Kämmerei-Aktien	178,00
3½% Hannov. Stadtanleihe .	99,50	Hannov. Cementfabrik-Aktien	98,50
4% do. do.	103,50	Höxtersche (Eichwald) Cementfabr.-Akt.	—
4% unkündb. Hannov. Landes-Credit-Oblig.	103,30	Lüneburger Cementfabr.-Akt.	103,75
4% kündb. Celler Cred.-Oblig.	—	Ilseder Hütte-Aktien	750,00
4% Hannov. Strassenb.-Oblig.	92,50	Hannov. Strassenbahn-Akt.	—
4½% do. do. v. 1900.	94,00	Zuckerfabrik Bennigsen-Akt.	135,00
Contin. Caoutchouc-Co m. Akt.	570,50	Zuckerfabrik Neuwerk-Aktien	64,00
Hannov. Gummi-Kamm-Co.-A.	265,00	Zuckerraffin. Brunonia-Akt.	98,00
Hannov. Baumw.-Sp. V.-Akt.	29,50		

Auswärtige Waaren-Telegramme.

Bremen, 5. Juni. Schmalz. Fest. Tubs und Firkins 52 Pf., Armour shield in Tubs — Pf., Doppeleimer 52½ Pf. — Speck. Fest. Short loco 49 Pf., Juni-Abladung — Pf., extra lang — Pf.

Havre, 5. Juni, Vorm. 10 Uhr. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee in Newyork schloss mit 5 bis 15 Points Baisse stetig. Rio 8000, Santos 17,000 Sack. Recettes für gestern.

Havre, 5. Juni, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Juni 34,50, per Juli 34,75, per Sept. 35,25, pr. Dez. 36,00, per März 36,75. Behauptet.

TELEGRAMME.

Lemberg, 5. Juni. (W. T. B.) Die Hörer des Polytechnikums wurden neuerdings in nachdrücklichster Weise aufgefordert, unverzüglich die Vorlesungen zu besuchen. Sollte dies bis Dienstag nicht erfolgen, so würde der Unterricht im Polytechnikum endgiltig eingestellt, was den Ausfall der Prüfungen und die Nichtbestätigung der Semesterfrequentation zur Folge haben müßte.

Bern, 5. Juni. (W. T. B.) Der Ständerath begann heute die Einzelberathung des Zolltarifentwurfes.

Paris, 5. Juni. (W. T. B.) „Matin" meldet, es sei endgiltig festgestellt, daß der gesetzmäßige Reservefonds der Versicherungsgesellschaft „Allgemeine Familienkasse" einen Fehlbetrag von 24 Millionen aufweise. Das Syndikat der großen Versicherungsgesellschaften habe Schritte unternommen, um den Reservefonds zu vervollständigen, doch sollen diese Schritte erfolglos geblieben sein. Der Direktor der „Allgemeinen Familienkasse" Odier und sein Sohn sind seit gestern flüchtig.

☞ **Rom**, 5. Juni. (Privat-Telegramm.) In vatikanischen Kreisen geht momentan das unkontrolirbare Gerücht um, daß die bayerische Regierung von der Absicht einer Ernennung Macchis zum Nuntius wenig erbaut sei. Man weiß nicht, ob die Staatskanzlei des Vatikans die Verhandlungen fortführen oder aber einen anderen Kandidaten vorschlagen wird.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

(aus anderen Zeitungen).

Geburten: Ein **Sohn:** Hrn. Privatdozent Dr. Ritter (Greifswald). Hrn. Carl Muthberg (Köln). Hrn. Wilh. Steinert (Köln). Hrn. Regierungshauptkassenrendant Reimann (Posen). Hrn. Verlagsbuchhändler Fritz Hachmeister (Bosdorf b. Leipzig). Hrn. Ernst Boettger (Gautzsch). Hrn. Walther Nitschmann (Berlin). Eine **Tochter:** Hrn. Hermann v. Rath (Bonn). Hrn. Wilhelm Seiferdt (Berlin). Hrn. Kaufmann Carl Schickhardt (Stuttgart).

Verlobungen: Frl. Marie Wagner mit Hrn. Richard Ernert (Leipzig). Frl. Elida Brix mit Hrn. außerordentlichen Professor Dr. Georg Wohlmann (Steglitz bei Berlin-Gottingen).

Vermählungen: Hr. Berginspektor, Bergassessor Wilhelm Ziervogel mit Frl. Anna Weyland (Siegen—Stuttgart). Hr. königlicher Oberförster Max Wolters mit Frl. Anna v. Kühlwetter (Düsseldorf). Hr. Joh. Spertgens mit Frl. Gerte Heinig (Köln). Hr. Pastor Fritz Carl Schricker mit Frl. Elise Nötz (Memmingen). Hr. Hermann Wulfe mit Frl. Margarete Hoefe (Berlin). Hr. Heinrich Sorg mit Frl. Thilde Muthberg (Nürnberg—München). Hr. Carl Bräutigam mit Frl. Luise Fersch (Nürnberg).

Sterbefälle: Hr. Oberbürgermeister a. D. Ludwig Hammers (Düsseldorf). Hr. Rentier Otto Hoffmann (Hildesheim). Hr. Fabrikant Adolph Richter (Osterode a. Harz). Hr. Wilhelm Kaiser (Hannover). Hr. Amtsgerichtssekretär Paul Höhle (Berlin). Hr. Willy Foerster (Berlin).

Hôtel de Prusse, Leipzig. Haus I. Ranges an der Promenade. Adolf Wagner, Hofrattrieur.

BRÜHL's Ausstellung v. „REISEHANDARBEITEN" eröffnet! Leipzigerstr. 109 u. Tauenzienstr. 16. Illustr. Katal. kostenfr.

Alles was zur Gas- und Spiritus-Beleuchtung und -Heizung gehört, ist kostenlos zu besichtigen in der großen Ausstellung der Auergesellschaft, Alte Jakobstr. 139 (Ecke Hollmannstr.)

Apollinaris

HOTEL ERNST, KÖLN.

Sicher und schmerzlos wirkt das echte **Radlauer'sche Hühneraugenmittel:** 10 Gramm 25 Pfg. Salicylollodium mit 5 Centigramm Hanfextrakt. Flasche 60 Pf., nur echt mit der Firma: **Kronenapotheke, Friedrichstraße 160.**

Verantwortlich f. d. politischen Theil: Dr. jur. E. Grüttefien; f. lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Dr. Karl Mischke; f. d. Feuilleton: L. B. Paul Bied; f. d. Handelstheil: J. Wiener; f. d. übrigen redaktionellen Theil: Karl Gunther, t. Inserate: Rob. Franke. Druck u. Verlag von Rudolf Mosse. Sämmtlich in Berlin.

Kurort und Ostseebad **Ahlbeck**

Mitglied des Verbandes deutscher Ostseebäder

¾ Kil. unmittelb. längs d. Meeres gel., rück- u. seitw. s. Höhenz. m. meliert. Hochw. gelehnt, wunderb. reiner Strand, hervorr. gleichm. Klima. Warmbäder f. alle med. Zwecke, Gelegenh. z. Brunnen- u. Milchkurinkuren. Arzt. Apoth. i. Ort. Tägl. Konz. auf d. ca. 100 m ins Meer rag. Seebrücke od. i. Kurh.-Theat., Reunions, Wasserep. Eisenb.- u. Schiffsverb. m. Berlin, Stettin 4 Std., mäss. Preise. Ausf. Ausk. u. Prosp. kostenl. d. d. Badedirection.

In Berlin durch das Verkehrsbüreau NW., Neustädtische Kirchstr. 9.†

Hôtel Kurhaus Friedewald

Lössnitzgrund bei Dresden.

Neu erbaut. Idyllisch inmitten herrlicher Nadel- u. Laubwaldungen. **Gegen Nord- u. Ostwinde geschützt. — 30 Zimmer mit Balkone.** **Vorzüglich als Sommerfrische geeignet.** Mässige Preise. Pension von Mk. 4.50 an. Prospecte gratis.

Hermann Poppe, Besitzer. †

Sanatorium Schreiberhau.

Bahnhöfe: Petersdorf, via Hirschberg, **Riesengebirge.** Vom Sommer 1902 ab **Station Schreiberhau selbst.** Herrliche **Wald- und Höhenluft.** Gesunde, geschützte Lage. Milde **Wassercur,** Dampf- und Heissluft-, sowie Medicinalbäder. **Luft- u. Sonnenbäder** schon seit März. **Elektrische Bestrahlung u. Lichtbäder** ab 15. Juni. **Massage** in jeder Form. **Heilgymnastik** in grossen Sälen mit Deutschen und Schwedischen Turnmaschinen. **Elektrotherapie.** Suggestion. **Diatcuren** (Magenleiden, Fettsucht, Gicht, Zuckerkrankheit) **Verpflegung in Arztes Hand.** Aller Comfort. **Centralheizung,** auch in Wandel- und **Liegehalle.** Winterlufthad. **Preise** von 6—12 Mk.

Dirig. Arzt **Dr. med. Felix Wilhelm,** früher Assistent bei Dr. Lahmann, sowie chem. Hausarzt der Görbersdorfer Volksheilstätte.

Villa Hanstein Bad Wildungen.

Logir- und Pensionshaus, nahe der Quelle u. Kurpark. Aerztlich empfohlen. Kurgemässe Küche. Volle Pension von 5 Mk. an.

Sommerfrische u. Luftkurort Kipsdorf i. sächs. Erzgeb. 560 m. ü. N. N.

Endst. d. Hainsberg-Kipsdorfer Bahn, 2 Std. v. Dresden. Prosp. durch d. **Gemeindeamt** und den **Verschönerungs-Verein.**

Grand Hotel Grünwald

MÜNCHEN • Unmittelbar am Centralbahnhof.

Mit allen modernen Einrichtungen ausgestattet.

Zimmer von M. 2.— an. **Direktion: H. Zellinger,** früh. Restaurateur im Münch. Künstlerhaus.

Neubrandenburg in Mecklenburg.

Empfehlenswerther Sommeraufenthalt für Familien und Touristen.

Von Berlin in einem Tage hin und zurück.

Herrliche Waldungen und 2 Meilen langer See in nächster Nähe der Stadt Wassersport, Angelsport, Badeanstalten.

Gute billige Hotels und Pensionen. †

Der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs.

Ostsee-Bad Wustrow, Mecklenburg-Schwerin.

Prospekte gratis durch den Vorstand des Gemeinnützigen Vereins und durch d. Verkehrsbureau Berlin NW., Neustädtische Kirchstrasse 9. *

Hotel Metropole * Stettin.

3 Minuten vom Bahnhof.

Neuerbautes Haus I. Ranges.

Fahrstuhl. ⊙ Electrisches Licht.

Vorzügliche Betten. — Zimmer von 2 Mark an.

Sehenswerthes Spiegelrestaurant.

Oberammergau Im bayr. Hochland als Sommerfrische.

840 M. ü. d. M.

Illustr. Prospect u. Wohnungsliste versendet der **Fremdenverkehrsverein Oberammergau.** *

Villa Quisisana, Bad Ems.

Wilhelms-Allee 12.

Dicht am Walde, auf der linken Lahnseite an der Kaiserbrücke gelegen. **2 Minuten** von dem **Kurpark** u. d. **Königl. Badehaus** entfernt. **Comfortabel** eingerichtete Zimmer mit Balkons. Familienwohnungen. Grosser schattiger **Garten.** Pension auf Wunsch. H. Sommer. *

Hôtel Wilhelmshof, Berlin W.

Ruhige Lage, in der Nähe der Anhalter und Potsdamer Bahn. **Wilhelmstr. 44.** Fr. Vollborth, Hotelier.

Escholzmatt, Luftkurort b. Luzern (Schweiz).

Hotel Kurhaus Löwen.

Ländlich schöne, alpine Lage.

Beliebter Familienaufenthalt mit guter Verpflegung. — Pensionspreis (4 Mahlzeiten und Zimmer) von Frs. 5 an. — Prospekt gratis. §

Kochel Hôtel am See und Wald

comfortabel eingerichtet,

Station Kochel, Linie München-Tutzing, am Fusse des Herzogstand und Heimgarten. Terrasse mit herrl. Aussicht auf See und Gebirge. Strand-Promenade. Badeanstalt, Schwimmbad, Schifffahrt und Fischerei. Grosser Speisesaal. Pension von M. 5,— an. Prospekte gratis und franco. Telefon No. 18.

Joh. Kiessling, Besitzer. §

Bad Reichenhall Bayer. Hochland.

Kurhaus Achselmannstein.

Gegründet 1845. **Prospect gratis.** *

829 Met. ü. M. **Bad u. Kurhaus Passugg.** ¾ Std. von Chur (Schweiz).

1901 vergrössert. Comfortables Haus mit 150 Betten. Pensionspreis incl. Zimmer und Bedienung von Fr. 8.— an.

Drei verschiedene vorzügliche Heilquellen (Natron- u. Eisensäuerlinge). Die **Ulricusquelle** übertrifft Vichy, Fachingen, Wildungen, Ems, Bilin u. Salzbrunn an **Natrongehalt** u. **Alkalinität.**

Indicationen: **Magen- und Darmkatarrh, Leber-, Nieren- und Blasenleiden; Gallensteinkolik, Fettsucht** und **Zuckerharnruhr; Störungen der Ernährung u. Blutbildung, allgemeine Schwächezustände.**

Kohlensäurebäder (Syst. Fischer & Kiefer). **Stahl- u. Soolbäder.**

Kurgemässe Küche. — Individualisir. Diabetisch.

Prachtvolle, staubfreie Lage, 20 Minuten von der wildromantischen Robinsaschlucht entfernt gelegen. Ausgedehnte Wälder in der Nähe. Neue Wandelbahn. — Prospekte und nähere Auskunft durch

Kurarzt: **Dr. Scarpatetti.** Die Direction: **A. Brenn.**

Neuer Preiscourant

der

Münchner Lodenfabrik Joh. Gg. Frey

ist soeben erschienen und behandelt in fachmännischen Erläuterungen die Verarbeitung der rohen Wolle bis zum fertigen Kleidungsstück, wozu diese

älteste Lodenfabrik Deutschlands

eingerichtet und wodurch sie im Stande, bei reinem unverfälschtem Material die billigsten Preise zu stellen.

Mit Beginn des Frühjahrs werden schon Vorbereitungen zur Reise und für Gebirgstouren getroffen, weshalb ich mir erlaube, auf die unübertrefflichen, längst allgemein anerkannten Vortheile der

Lodenbekleidung

für diese Zwecke hinzuweisen.

Ich fabricire als Spezialität: **Gebirgsloden** in vielen Melangen und Qualitäten aus reiner unverfälschter Schafwolle und daraus **Lodenjoppen, compl. Reise-** und **Touristenanzüge, Gamaschen** etc.

Dem Drange der Mode gehorchend, fertige ich auch **gemusterte Loden** zu ganzen Anzügen nach englischem Muster.

Ich fabricire ferner als Spezialität: **Präparirt wasserdichte Loden** (schon seit 1878 als die Ersten in Deutschland) ebenfalls in vielen Qualitäten und Melangen und daraus **Havelocks, Wettermäntel, Krägen** etc.

Ferner fabricire ich **Damenloden** in einer grossen Auswahl von Farben, Melangen und Mustern und daraus **Reise-** und **Sportskostüme** für **Damen.**

Hierbei bemerke ich, dass sich meine Damenloden trotz der grossen Concurrenz von Covercoat, Homespun, Hopsak, Damentuch etc. stets auf der Höhe gehalten, weil sie für Reise und Sportszwecke das Beste und Dauerhafteste repräsentiren.

Ein grosser Theil der gemusterten Damenloden, besonders langgestreift, eignet sich vorzüglich zu den leichtesten wollenen Anzügen für Herren und ist trotz der Leichtigkeit (mittelgrosser Herren-Anzug 1½ Kilo Gewicht) ausserordentlich dauerhaft und mit Ausnahme zu strapaziösen Gebirgstouren überall zu empfehlen.

Meine sämtlichen Loden sind dekatirt und nadeltertig und werden auch **Meterweise** abgegeben.

Ueber meine anderen Fabrikate als **Velour, Tuch** etc. sowie über mein grosses Lager in **Lodenhüten** und **Touristenartikel** gibt der eben erschienene neue Preiscourant gratis und franco genügend Aufklärung.

Münchner Lodenfabrik Joh. Gg. Frey, München, Windenmacher- u. Maffeistrasse.

Die Perle der sächsischen Oberlausitz ist

Zittau

21. Juni bis September 1902: **Oberlausitzer Gewerbe- und Industrieausstellung** Gartenbau — Landwirthschaft.

10. bis 15. August 1902: **V. Bundesfestspielen und 10jähr. Stiftungsfest** des Lausitzer-Schwanenordens.

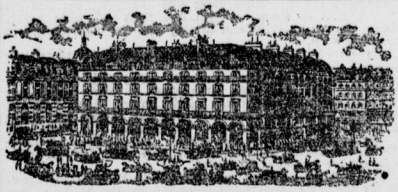
mit seinen nahe gelegenen **Sommerfrischen, Kurorten** und **Heilbädern**

Oybin, Hain, Jonsdorf, Lückendorf, Oppelsdorf

(Kur- und Fremdenliste, Postzeitungsliste Nr. 4366, vierteljährlich 50 Pf.).

Zittau ist eine äusserst saubere, freundl. Stadt u. zählt 32 000 Einw. Viele Villen mit reiz. Gärten, prächt. Promenaden. Gediegene Bauge. Gebirgsquell-Wasserleitung. Gymnasium, kgl. Realgymnasium, höh. Gewerbeschule, kgl. Baugewerkes.- u. Tiefbauschule. Gute Hotels u. Pensionen. Zu dauernd. Wohnsitz bes. empf. Malerische Umgebung: Lausitzer, Jeschken- u. Iser-Gebirge. **Oybin mit Hain** und **Lückendorf** (ca. 500 m über der Ostsee) sind als Sommerfrischen u. touristi. Zentralpunkt des Zittauer Gebirges rühmt. bekannt. Der Berg Oybin mit elter Klosterruine ist v. einzig. beland. Schönheit u. Romantik. Berge: Töpfer, Hochwald (749 m). **Jonsdorf,** Höhen-Luftkurort, 440 m ü. d. O. Bes. kgl. Kurortsten Kreuzenstiftung und Reconvalescenten warm empfohlen. Ueberaus frdl., an Oyen reiche Waldluft, f. Sommerfrische und Touristenverkehr gut eingerichtet. Berge: Nonnenfelsen, Hanske (792 m). **Oppelsdorf,** bes. heilsame Luft genannt. Große Heilerfolge bei Gicht, Rheumatismus und Nervenleiden. Stahlquelle, Schwefel-, Moorbäder, ständ. Badearzt (Freiselle b. d. Badeverwalt.).

Prosp. u. Auskt. d. den Verein z. Hebung d. Fremden-Verkehrs in Zittau.



GRAND

HOTEL DU LOUVRE

PARIS

Beste centrale Lage in ganz Paris, zwischen dem Louvre, der Avenue de l'Opéra und dem Palais-Royal.

HAUS ERSTEN RANGES

ZIMMER MIT EINEM BETT VON 5 FR. AB. ZIMMER FÜR ZWEI PERSONEN VON 8 FR. AB. EINSCHLIESSLICH BEDIENUNG UND BELEUCHTUNG, ALLES INBEGRIFFEN VON 14 FR. AB.

A. LOTTI, Director.

Schandau a. Elbe.

Hotel-Pension Elysium,

am Stadtpark,

5 Minuten vom Landungsplatz der Dampfboote gelegen. Vorzügliche Verpflegung, Pension von 4 Mk. aufwärts. In der Vor- und Nachsaison Voranspreise.

Kleinere u. grössere Gesellschaften erlaube mir, auf mein Garten-Restaurant mit geschlossener, grosser Veranda aufmerksam zu machen. In eigenem Interesse ist es zu empfehlen, eventuelle Bestellung auf Zimmer baldmöglichst zu bewirken.

Achtungsvoll

Hugo Praetorius. †

Dr. Münz (Nürnberg),

Badearzt.

Bad Kissingen,

Theresienstr. 15.

Hôtel Gremsmühlen „Holsteinische Schweiz"

Pensions-Hôtel ersten Ranges, vollständig neu renoviert, anerkannt gute Küche unter billigsten Preisen. Bis zum 1. Juli bedeutende Preisermässigungen.

Inhaber Fr. Seegers. †

Siebengebirge.

Sommerwohnung, fast **am Rhein,** in grossem Garten, 2 Min. von Bahn und Schiffstation gelegen, bestehend aus 5 Zimmern u. Küche, möblirt zu vermiethen.

Offert. unt. **K. S. 1965** an **Rudolf Mosse, Köln.**

Ostseebad Brunshaupten i. M.

Hôtel Strandperle.

Haus I. Ranges. Prachtvolle Lage, direkt an See u. Wald. Landungsbrücke, vorzügliche Pension, fast alle Zimmer mit Veranda oder Balkon. Telephon-Anschluss 6. Warmes Seebiöl. Näheres durch den Besitzer §

H. Grammdorf.

Thiessow a. Rügen.

Das billigste und gesundeste Ostseebad. Stets Wellenschlag. Laub- u. Nadelwald. Verbind. via Greifswald direkt. Prosp. frko. durch Verkehrsbureau Berlin NW., Neustädtische Kirchstr. 9, und die Badeverwaltung. *

Elend im Harz Höhenkurort

Hampe's Pension.

Prospecte durch den Besitzer **C. Hampe, Elend 3, i. Harz.** §

Hotel u. Pension Schmücke

bei Oberhof i. Thür.,

durch Neubau eines Logirhauses bedeutend vergrössert, für längeren Aufenthalt gut geeignet. **Pension!** An Touristenlogis kein Mangel mehr! Prospecte gratis.

Alb. Rechenbach.

Bad Sachsa.

Hotel Warteberg I. Ranges.

Schönste Lage von Sachsa. Grossart. Rundblick. Anerkannt vorzügl. Pension. Solide Preise. Omnibus am Bahnhof.

Besitzer Fr. Beiermann.

Sommerwohnung.

Im besten Theile der **Villen-Colonie Wannsee** ist eine **Villa** von 10 und 12 Zimmern und Zubehör mit **Stallung** und grossem schattigen Garten, event. auch getheilt, als Sommerwohnung **zu vermiethen.**

Näheres daselbst beim Gärtner **Klosse,** Kaiser- und Kronprinzen-Ecke, oder Potsdam, Baugeschäft, Alte Louisenstraße 57. †

Pension „Bellevue" Luftkurort Garmisch

Elegant eingerichtete Zimmer von **Mk. 1** aufwärts, **Feinste Küche.** Mässige Pensions-Preise.

Edwin Flamm.

Im Winter: Villa „Benvenuta" Arco. †

Bad Elster i. Vogtl.

Villa Marie

Comf. Zimm. ev. ganze Etgn.

Tempelhaus,

Haus I. Rg., Nähe d.

Bad Reinerz,

Kurplatzes, schöne, gesunde Wohnung, vorzügl. Verpflegung, bill. Preise. Pens. von 25 Mk. p. Woche.*

Thüringen, ruhig angen. Sommeraufenthalt bei kinderl. Fam., gv. herrl. Gart., Wald, Bahn, Soolbad. **Sachse,** Berlin, Würzburgerstraße 2.

Neu! Pomos Neu!

Apfelwein Champagner

¼ Flasche 50 ₰, ½ Flasche 30 ₰

Versandt nur gegen Nachnahme

C. Hildebrandt & Co.

NÜRNBERG.

300 CANADISCHE u. AMERIKANISCHE PFERDE. PER AUKTION durch Herrn Joseph Shepherd in Liverpool. VERKAUF JEDEN DIENSTAG das ganze Jahr hindurch. AMERICAN REPOSITOYR 317—319 Prescot-road, Stanley, Liverpool. Grösster Pferde-Importeur der Welt. Telegramm-Adr.: „Sulky, Liverpool". Telephon 15 Old Swan.†

Neuen Matjeshering 1902

in zarter fetter Waare verf. d. Postkb. ca. 40 Stck. 4,00 M. frei **Postnachnahme. Gustav Klein,** Heringsfischerei, **Greifswald.** §

Dr. Oetker's

Backpulver 10 Pfg.

Vanillin-Zucker 10 Pfg.

Pudding-Pulver 10 Pfg.

Millionenfach bewährte Recepte gratis von den besten Kolonialwaaren- u. Drogengeschäften jeder Stadt.

Gen.-Vertreter: Carl Schipper, Berlin SW. 12, Rudstr. 6. †